

Beginn der Sitzung: 13.31 Uhr.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums und heiße Sie herzlich willkommen. Ich eröffne die 135. Sitzung im 44. Tagungsabschnitt des Landtages der 16. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

**Mitteilungen des Präsidenten**

Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Olaf Lies. Herzlichen Glückwunsch im Namen des gesamten Hauses und alles Gute für das vor Ihnen liegende Lebensjahr!

(Beifall)

Zur Tagesordnung: Die Einladung, die Tagesordnung und der Nachtrag zur Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen vor.

Wie Sie der Drs. 16/4770 entnehmen konnten, beabsichtigt der Herr Ministerpräsident, außerhalb der Tagesordnung eine Regierungserklärung zum Thema „Niedersachsen in Europa: Verantwortung übernehmen, Interessen vertreten, Chancen nutzen, Herausforderungen bewältigen“ abzugeben. Nach den üblichen Gepflogenheiten erhalten die Fraktionen der CDU und der SPD eine Redezeit im Umfang der Regierungserklärung und die Fraktion der FDP, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion DIE LINKE die Hälfte dieser Redezeit. Insgesamt ergibt sich daraus eine bestimmte Beratungszeit.

Wie üblich haben Sie eine Übersicht erhalten, aus der Sie ersehen können, wie die Fraktionen die ihnen zustehenden Redezeitkontingente verteilt haben. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten fest.

Ich bitte um Aufmerksamkeit: Für die heutige Sitzung ergibt sich daraus ein Sitzungsende von ca. 22 Uhr.

(Unruhe)

- Wenn die Überraschung abgeklungen ist, darf ich vielleicht weitere Mitteilungen machen. - Ergänzend weise ich auf folgende Ausstellungen hin:

In der unteren Wandelhalle wird die Ausstellung „Fair Play, bitte!“ gezeigt, die von der Fritz-Wolf-

Gesellschaft erarbeitet wurde. In der oberen Wandelhalle werde ich morgen um 19 Uhr die Ausstellung „Politköpfe - Satirische Porträts von Bismarck und Windthorst zu Steinbrück und Merkel“ eröffnen, die vom Landkreis Emsland, der Ludwig-Windthorst-Stiftung und dem Ludwig-Windthorst-Haus konzipiert wurde. Die Veranstalter werden sich über Ihr Interesse sicherlich freuen.

Für die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden Tagen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Georgianum aus Lingen mit einer Onlineradioredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat der Abgeordnete Gerd Will übernommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sendungen, die das „Modellprojekt Landtagsfernsehen“ der Multi-Media Berufsbildenden Schule erstellt, stehen im Internet auf der Homepage der Schule unter [www.mmbbs.de](http://www.mmbbs.de) zum Abruf bereit und sollen auch über den Regionalsender LeineHertz 106einhalb gesendet werden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer mit.

**Schriftführer Hans-Jürgen Klein:**

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Kultusminister Herr Dr. Althusmann von 14.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr, von der Fraktion der CDU Herr Hiebing, von der Fraktion der SPD Frau Dr. Leseemann, Frau Stief-Kreihe und Herr Bartling bis 18.00 Uhr, von der Fraktion der FDP Herr Sander und von der Fraktion DIE LINKE Frau Flauger.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Vielen Dank. - Wir kommen nunmehr zur Abgabe einer Regierungserklärung:

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

**Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema „Niedersachsen in Europa: Verantwortung übernehmen, Interessen vertreten, Chancen nutzen, Herausforderungen bewältigen“** - Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 16/4770

Zunächst gibt der Herr Ministerpräsident die angekündigte Regierungserklärung ab. Ich erteile ihm dazu das Wort.

**David McAllister**, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung hat heute Morgen das neue Europapolitische Konzept 2012 beschlossen. Es steht bereits auf den Internetseiten des Landes und der Staatskanzlei zum Download bereit. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben eine gedruckte Vorabfassung erhalten. Nach der Druckfassung wird das Konzept selbstverständlich allen Abgeordneten des Hauses Anfang Juni zur Verfügung gestellt werden.

Es ist uns, so finde ich, gelungen, einen guten und umfassenden Überblick über die europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung zu geben. Ich möchte im Namen der Landesregierung die Abgeordneten aller Fraktionen bitten, das neue Konzept sorgfältig zu diskutieren. Für Anregungen und kritische Hinweise sind wir Ihnen sehr dankbar.

Aus diesem Anlass möchte ich heute, einen Tag vor dem Europatag am morgigen 9. Mai 2012, eine Regierungserklärung zur Europapolitik abgeben und dem Landtag darlegen, wie wir in Niedersachsen Verantwortung für Europa übernehmen, wie wir unsere Interessen vertreten, wie wir die Chancen nutzen, die uns die Europäische Union bietet, und wie wir neue europapolitische Herausforderungen bewältigen.

Konkret möchte ich erstens allgemeine Anmerkungen zur europäischen Staatsschuldenkrise machen, zweitens die Europapolitik der Landesregierung im engeren Sinn darstellen und drittens einige ausgewählte aktuelle Themen aus dem Europapolitischen Konzept 2012 ansprechen.

Meine Damen und Herren, die Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist die gegenwärtig größte europapolitische Herausforderung. Die Landesregierung unterstützt die Politik der Bundesregierung vollumfänglich.

Aktuell ratifizieren die nationalen Parlamente, so auch der Deutsche Bundestag und der Bundesrat, den Europäischen Stabilitätsmechanismus, den ESM, als dauerhaften Mechanismus zur Krisenbewältigung und den sogenannten Fiskalvertrag, auf den sich 25 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union verständigt haben. Meine Damen und Herren, um es deutlich zum Ausdruck zu bringen: Der Fiskalvertrag ist sinnvoll und richtig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser Vertrag bildet das rechtliche Fundament für eine verstärkte finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung; es wird vor allem die Haushaltsdisziplin verbessern. Er gilt für den Gesamtstaat und damit in Deutschland für den Bund und auch für die Länder. Die Landesregierung wird die Verpflichtungen ernst nehmen und ihren Beitrag zur Erfüllung des Fiskalvertrages leisten. Sie wird daher dem Ratifikationsgesetz im Bundesrat zustimmen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Hans-Henning Adler [LINKE])

Im Rahmen einer Stellungnahme zum Ratifikationsgesetz wird der Bundesrat gleichwohl auf eine Reihe noch offener Fragen hinweisen. Ein zentraler Punkt ist der Hinweis darauf, dass bei der näheren Ausgestaltung des Fiskalvertrages auf die Vereinbarkeit mit der Schuldenbremse des Grundgesetzes geachtet werden muss. Dies gilt vor allem für das Inkrafttreten, und dies gilt vor allem für die Übergangsfristen.

Was wir verhindern müssen, ist eine Überforderung der Länder durch europäische Vorgaben. Wir brauchen einen intensiven Dialog, und die Haushaltsautonomie der Länder muss gewahrt bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn der ESM und wenn der Fiskalvertrag in Kraft treten, nähern wir uns der Überwindung der Staatsschuldenkrise. Daher halte ich von einer Nachverhandlung oder gar von einer Neuverhandlung des Fiskalpaktes wenig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Hans-Henning Adler [LINKE])

- Das werde ich gerne aufgreifen. Wissen Sie, was nicht geht? - Wir können nicht einmal geschlossene Verträge nach jeder einzelnen Wahl in der Europäischen Union wieder aufmachen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

„Pacta sunt servanda“ sagt der Niederdeutsche.

Meine Damen und Herren, ebenso skeptisch bin ich mit Blick auf die weiteren europäischen Konjunkturprogramme in dreistelliger Milliardenhöhe. Um die Finanz- und Bankenkrise zu bewältigen, haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits 2008 und 2009 ein europäisches Konjunk-

turprogramm mit einem Gesamtvolumen von sage und schreibe 600 Milliarden Euro aufgelegt. Diese Mittel haben die Mitgliedstaaten der EU fast vollständig durch Kreditaufnahme aufgebracht. Das ist der Grund, warum die Mehrzahl der Mitgliedstaaten nicht in der Lage war, das Defizitkriterium von 3 % einzuhalten. Folgerichtig hat die Europäische Kommission bis Juli 2010 gegen 23 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, ein Defizitverfahren eingeleitet.

Es war damals einhellige Meinung in der politischen Diskussion, dass die Mitgliedstaaten solch ein Programm nicht noch einmal stemmen können. Richtig ist ein Zweiklang aus entschiedenen Sparanstrengungen und nachhaltigen Impulsen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Beides gehört zusammen. Beides sind zwei Seiten derselben Medaille. Insbesondere gilt das für die Krisenstaaten. Beides kann über die Europäische Investitionsbank und über die Strukturpolitik gefördert werden. Das ist der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, ich möchte für die Landesregierung einmal mehr unmissverständlich zum Ausdruck bringen: Ein Aufweichen des Fiskalpaktes, die Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds und Konjunkturprogramme - milliarden-schwer und auf Pump - lehnen wir ab!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Europapolitik der Landesregierung im engeren Sinne: Die Landesregierung verfolgt seit vielen Jahren und Jahrzehnten große Kontinuität bei ihren Aktivitäten in den Bereichen Europa und internationale Zusammenarbeit. Sie übernimmt Verantwortung für die europäische Idee, für den Gedanken der Völkerverständigung und in jüngster Zeit auch für die Entwicklung benachteiligter Regionen in Afrika am Beispiel Tansania. Wir pflegen enge Partnerschaften mit unseren beiden Partnerprovinzen in Polen und in den Niederlanden.

Meine Damen und Herren, gerade die Beziehungen zu den Niederlanden entwickeln sich weiterhin dynamisch. Mittlerweile leben rund 30 000 Niederländer in Niedersachsen, davon 80 % in der Grenzregion, also in den Kreisen Leer, Grafschaft Bentheim und im Emsland. Die Niederländer sind gut integriert, und sie sind herzlich willkommene Freunde bei uns in Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Land verfügt über gute Kontakte zur Zentralregierung in Den Haag und zu den nordostniederländischen Provinzen Drenthe, Fryslan, Groningen und Overijssel. Für die engere Zusammenarbeit mit unseren niederländischen Nachbarn gibt es eine Vielzahl von Beispielen. Ich möchte aus aktuellem Anlass nur einmal mehr auf die European Medical School hinweisen. Mit der European Medical School betreten wir hochschulpolitisches Neuland. Ab dem Wintersemester 2012/2013 wird ein länderübergreifender Medizinstudiengang mit jeweils 40 Studienanfängern zwischen der Rijksuniversiteit Groningen und der Universität Oldenburg beginnen. Die erste grenzüberschreitende Mediziner- ausbildung in Europa findet bei uns in Niedersachsen statt. Ich finde das großartig. Das ist ein gemeinsamer Erfolg aller Beteiligten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gestern Nachmittag fand ein Gespräch mit dem niederländischen Botschafter Marnix Krop und dem Honorarkonsul in Hannover Volker Müller zusammen mit niederländischen Investoren im Gästehaus der Landesregierung statt. Am 24. Mai reise ich ganztätig nach Groningen und Eemshaven. Viele weitere Besuche von Ministern und Landtagsdelegationen runden das Bild ab. Ich finde, wir sollten diesen guten Weg niederländisch-niedersächsischer Zusammenarbeit weitergehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, außerhalb der Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen fördert die Landesregierung den europäischen Gedanken insbesondere durch die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des EIZ und die Europabüros in den Regierungsvertretungen. Die Landesregierung hat kürzlich die Neubesetzung der Leitung des EIZ beschlossen. Das ist ein Bekenntnis zum EIZ in der Staatskanzlei. In Zeiten, in denen der Zuspruch der Menschen zu Europa abnimmt, soll das EIZ die Menschen in Niedersachsen auch weiterhin unabhängig informieren und für die europäische Idee werben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Europapolitik wird momentan mit hohem Tempo gemacht. Am auffälligsten wird das bei einem Blick auf die Staatsschuldenkrise. Diese war Anfang 2010 noch kein Thema, als wir das letzte europapolitische Konzept

weiterentwickelt haben. Heute bestimmt sie nahezu die gesamte Europapolitik.

An vier aus dem Europapolitischen Konzept 2012 ausgewählten Themenbereichen möchte ich darstellen, wo wir niedersächsische Interessen vertreten und europäische Chancen nutzen.

Erstens. Die Staatsschuldenkrise hat auch konkrete Auswirkungen auf uns in der Landespolitik. Diese resultieren im Wesentlichen aus den Aktivitäten der EU im Bereich der Finanzmarktregulierung. Die NORD/LB unterfällt als einzige niedersächsische Bank dem sogenannten Stresstest. Sie muss bekanntlich bis Juli 2012 eine harte Kernkapitalquote von 9 % erreichen. Daher hat Niedersachsen zum Jahreswechsel 2011/2012 stille Einlagen und andere Kapitalinstrumente in Höhe von 1,07 Milliarden Euro in Stammkapital umgewandelt. Zusätzlich hat das Land der NORD/LB Kapital in Höhe von 500 Millionen Euro zugeführt. Damit ist der größte Teil zur Erfüllung der vom Europäischen Rat im Oktober 2011 beschlossenen harten Kernkapitalquote in Höhe von 9 % bereits erledigt. Um das angestrebte Ziel zu erreichen, wird die NORD/LB bis Mitte 2012 weitere Kapitalumwandlungen durchführen und Gewinnthesaurierungen vornehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt Brüssel ins Spiel. Diese Kapitalmaßnahmen müssen als Beihilfen von der Kommission genehmigt werden. Es ist wichtig - dazu nutze ich heute auch die Regierungserklärung -, der Kommission klarzumachen, dass dieser Kapitalbedarf allein durch die erhöhten Anforderungen der Europäischen Finanzaufsicht und nicht durch eine wirtschaftliche Schiefelage der Bank ausgelöst worden ist. Dafür werden sich Herr Dunkel, ich und weitere Vertreter in Brüssel nochmals persönlich verwenden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein anderer Fall ist die Umsetzung von Basel III durch die Europäische Kommission. So richtig eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte auch ist, sie muss mit Augenmaß erfolgen. Wir müssen insbesondere darauf achten, dass die Kreditversorgung von Mittelstand und Handwerk sowie das Geschäftsmodell von Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht beeinträchtigt werden. Daher hat sich die Landesregierung gerade in den letzten Wochen für eine Reduzierung der Risikogewichtung für Mittelstandskredite eingesetzt.

Ich darf Ihnen versichern: Wir bleiben zuversichtlich, mit unserem Anliegen durchzudringen. Hier kann und darf das letzte Wort in Brüssel noch nicht gesprochen worden sein!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine zweite Anmerkung gilt dem VW-Gesetz. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, besteht zwischen der Bundesregierung, der Landesregierung, dem Unternehmen und dem Betriebsrat Einvernehmen darüber, dass das VW-Gesetz und die Regelung über die verminderte Sperrminorität in der VW-Satzung europarechtskonform sind. Sie wissen ebenso, dass die Europäische Kommission dies leider anders sieht und im Februar erneut den Europäischen Gerichtshof zum VW-Gesetz angerufen hat. In ihrer Klageschrift hat die Kommission erstmals auch die VW-Satzung in das Verfahren einbezogen.

Meine Damen und Herren, am 3. Mai - also ganz aktuell - ist dem Europäischen Gerichtshof die zwischen den Bundesressorts, der Staatskanzlei und dem VW-Betriebsrat abgestimmte Klageerwidderung zugestellt worden. Letzte Woche bzw. in den letzten Tagen habe ich sie sehr aufmerksam gelesen. Ich stelle fest: In der Klageerwidderung stellt die Bundesregierung heraus, dass der Europäische Gerichtshof die Regelung im VW-Gesetz über die verminderte Sperrminorität nicht isoliert, sondern nur im Zusammenspiel mit dem Höchststimmrecht beanstandet hat.

Die Bundesregierung stellt weiter heraus, dass die Festlegung einer verminderten Sperrminorität kein Sonderrecht für den Staat begründet, da eine Sperrminorität nicht nur dem Staat, sondern auch allen übrigen Aktionären - seien es Großaktionäre oder eine Gruppe von Kleinaktionären - zugutekommen kann.

Schließlich stellt die Bundesregierung auch heraus, dass die Klage der Kommission in Bezug auf die Satzung der Volkswagen AG unzulässig ist, da diese nicht Gegenstand des Vertragsverletzungsverfahrens war.

Meine Damen und Herren, wir rechnen im Sommer 2013 mit einem Urteil des EuGH. Bundesregierung, Landesregierung, die Volkswagen AG und der Volkswagen-Betriebsrat sind zuversichtlich, dass sich der Europäische Gerichtshof unseren guten Argumenten nicht verschließen wird. Es wäre ein gutes Signal, wenn sich auch der Nieder-

sächsische Landtag dieser Auffassung anschließen könnte.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Die dritte Anmerkung gilt der Koalitions- und Strukturpolitik. Meine Damen und Herren, die EU-Förderprogramme der Landesregierung sind zur Halbzeit der Förderperiode durch unabhängige Experten im Rahmen einer Evaluierung untersucht und bewertet worden. Die Evaluatoren, zu denen Steria Mummert Consulting, die Prognos AG und das NIW gehören, haben der Landesregierung im Sommer 2010 ein positives Zeugnis ausgestellt.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Mit Blick auf die kommende Förderperiode hat sich die Landesregierung im Schulterschluss mit den anderen Ländern über die Ministerpräsidentenkonferenz, über die Europaministerkonferenz und über den Bundesrat sowie in zahlreichen bilateralen Kontakten zur Kommission aktiv und fortlaufend in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse zur Zukunft der EU-Strukturpolitik eingebracht. Dadurch haben wir u. a. erreicht, dass auch nach 2014 eine flächendeckende Förderung aller Regionen in Niedersachsen - auch der stärker entwickelten - möglich bleibt. Dies war angesichts der vehementen Forderung vor allem der neuen Mitgliedstaaten, künftig nur noch Konvergenzregionen zu fördern, nicht selbstverständlich. Ein erster wichtiger Erfolg für uns in Niedersachsen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aktuell setzt sich die Landesregierung zusammen mit anderen Bundesländern für eine Änderung oder Ergänzung der Verordnungsvorschläge der Kommission ein. Dabei geht es um Fragen wie die thematische Konzentration der Fördermittel, die Einführung von Konditionalitäten oder die besondere Förderung des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg.

Wie bei uns in Niedersachsen gibt es auch in Brandenburg und Sachsen Regionen, die bei der EU-Strukturförderung in dieselbe Kategorie wie unsere Region Lüneburg gehören. Ministerpräsident Platzeck, Ministerpräsident Tillich und ich haben uns gemeinsam bei der Bundeskanzlerin noch einmal ausdrücklich für die besondere Förderung dieser Regionen eingesetzt. Ich finde, die Antwort der Kanzlerin war ermutigend. Sie hat uns versichert, dass sich die Bundesregierung seit Beginn der Beratungen über die kommende För-

derperiode in Brüssel für die Belange dieser Regionen eingesetzt hat. Und das wird sie auch weiterhin tun. Meine Damen und Herren, nun gilt es, bei dieser für das Hamburger Umland ganz wichtigen Frage weiterhin am Ball zu bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unabhängig davon stellt die Landesregierung die Weichen für die Umsetzung der künftigen Förderprogramme bei uns in Niedersachsen. Die Ressorts haben zum Jahreswechsel 2011/2012 ihre Gespräche zur Programmaufstellung mit allen relevanten Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie den Interessenverbänden begonnen. Darüber hinaus hat die Landesregierung im Januar dieses Jahres unter Federführung der Staatskanzlei einen intensiven Dialog mit den Kommunen zur Frage der künftigen Ausgestaltung der Förderprogramme begonnen. Am 24. April - also vor zwei Wochen - hat das Kabinett die wesentlichen Eckpunkte der künftigen operativen Programme festgelegt.

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich hervorheben: Die EU-Strukturförderung war und ist für Niedersachsen nicht nur segensreich, sie macht die Europäische Union bei uns in Niedersachsen auch sichtbar. Damit trägt sie zur Identifikation der Menschen in Niedersachsen mit der EU bei. Die Landesregierung wird alles daransetzen, dass dieses auch in Zukunft so bleibt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schließlich eine vierte Anmerkung zur Agrarpolitik: Es gilt als sicher, dass die gemeinsame Agrarpolitik auch künftig zwei Säulen hat: die Direktzahlungen für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Förderung des ländlichen Raums über den ELER. Dies begrüßt die Landesregierung; denn damit sind insbesondere die für die wirtschaftliche Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe so wichtigen Direktzahlungen grundsätzlich gesichert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Hinblick auf die absehbaren Umverteilungen von Mitteln für Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten und im Hinblick auf das sogenannte Greening kommen auf die niedersächsischen Landwirtschaftsbetriebe aber zwangsläufig Kürzungen bei den Direktzahlungen zu. Die Landesregierung unterstützt grundsätzlich den Vorschlag der Kommission zur moderaten Umverteilung der Agrarmittel; denn die Unterschiede bei der Direktzahlung pro Hektar sind zwischen den Mitglied-

staaten in der Tat eklatant groß. Einigen Mitgliedstaaten geht dieser Vorschlag der Kommission allerdings nicht weit genug. Einheitliche Zahlungen innerhalb von ganz Europa sind aber mit unserer Landesregierung nicht zu machen. Dafür ist das jeweilige wirtschaftliche Umfeld für die Landwirte in den einzelnen Mitgliedstaaten einfach noch zu unterschiedlich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ähnlich verhält es sich beim Greening. Grundsätzlich steht die Landesregierung diesem Instrument positiv gegenüber. Die niedersächsischen Landwirte erbringen allerdings bereits sehr viele freiwillige und auflagenbedingte Umweltleistungen. Diese Leistungen müssen bei der anstehenden Reform anerkannt werden. Um es deutlich zu sagen: Es darf nicht zu einer Quasi-Stilllegung von 7 % wertvoller landwirtschaftlicher Nutzfläche kommen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir heute vier ausgewählte europapolitische Themen vorgenommen. Über viele andere Themen können Sie in Ruhe in unserem Europapolitischen Konzept nachlesen. Ich würde mich freuen, wenn wir auch die Möglichkeit hätten, hier im Hohen Haus intensiv über die Themen zu diskutieren.

Meine Auffassung ist: Die Bilanz der Landesregierung im Konzept 2012 kann sich sehen lassen. Wir haben viel getan. Wir haben viel erreicht für Europa in Niedersachsen und für Niedersachsen in Europa.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung begrüßt alle Aktivitäten des Landtages und der Fraktionen zum Thema Europa, beispielsweise auch die vom Landtagspräsidenten organisierte Veranstaltungsreihe „Niedersachsen in Europa“. Lassen Sie uns partei- und fraktionsübergreifend gemeinsam dafür sorgen, dass die europäische Idee auch weiterhin ihre Anziehungskraft behält - auch und gerade, wenn einmal mehr Krisen- oder Katerstimmung herrscht!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### **Präsident Hermann Dinkla:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass die Regierungserklärung 23 Minuten gedauert hat. Das Verfahren habe ich vorhin bereits erläutert. Es ergeben sich also folgende Redezeiten: Die Fraktionen der CDU und der SPD erhalten je 23 Minuten, die anderen Fraktionen jeweils 11,5 Minuten.

Wir treten jetzt in die Besprechung ein. Ich erteile zunächst der Kollegin Emmerich-Kopatsch das Wort.

#### **Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Werter Herr Ministerpräsident McAllister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am heutigen Tag eine Regierungserklärung zum Thema Europa abzugeben, halten wir angesichts des Europatages für richtig. Was Sie, Herr McAllister, heute jedoch erklärt haben, ist von der Realität in Europa bereits überholt.

(Beifall bei der SPD)

Im Wesentlichen bleiben Sie im Vagen, ja fast im Nichtssagenden. In Wahrheit mögen sich Ihre Ausführungen zum Fiskalpakt als Solidaritätsbekundung an die Kanzlerin richten, die Sie ja, wie Sie sagen, voll umfänglich unterstützen. - Übrigens eine sehr schöne Zeugnissprache. - Durchsetzbar werden sie in der Realität nicht mehr sein; denn Europa hat - wie Sie vielleicht festgestellt haben - gewählt. In Griechenland sind die etablierten Parteien marginalisiert worden, extremistische, ja auch faschistische Gruppierungen - und das ist besonders schlimm - sind gestärkt worden. Eine deutliche Europafeindlichkeit ist bereits jetzt erkennbar. Eine erste Regierungsbildung ist nach wenigen Stunden gescheitert.

In Frankreich wurde das Paar Merkozy zwangsgeschieden, und in den Niederlanden löste sich die Regierung gleich selbst auf. Auf dieser Grundlage ist es mehr als zweifelhaft, ob es Sinn macht, allen den Willen der Kanzlerin überzustülpen.

(Beifall bei der SPD)

In den südeuropäischen Ländern haben die Verhandlungen zum Fiskalpakt noch mehr Hoffnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Angst vor der Zukunft entstehen lassen. Das ist kein Wunder bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als 20 % und einer Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50 %. Davon haben Sie aber kein Wort gesagt, Herr McAllister.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Viele junge Menschen wollen daher ihr Heimatland verlassen. Es gibt das Gefühl, Europa habe seine Kinder im Stich gelassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Klar, es gibt auch eigenes Verschulden in den betroffenen Ländern. Reformbemühungen kamen zu spät und waren zum Teil zu halbherzig, und sparsame Haushaltsführung war oft nur ein Lippenbekenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hatte eine bessere Grundvoraussetzung. Der Weg Deutschlands - auch zu Zeiten von Ex-Kanzler Schröder und Rot-Grün -, nämlich Industrie und verarbeitendes Gewerbe zu stärken und am Standort zu halten, war richtig. Das hilft uns heute, besser als andere europäische Länder durch die Krise zu kommen,

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Es könnte aber auch die Arbeitsmarktreform von Schröder gewesen sein! Davon wollen Sie heute aber nichts mehr wissen!)

die allein auf Dienstleistungen statt auf Produktion setzen. Als dann 2008 die Finanzkrise heraufzog, haben insbesondere Olaf Scholz, Frank Steinmeier und Peer Steinbrück in der Großen Koalition in kürzester Zeit mit Konjunkturprogrammen, Kurzarbeitergeld und der Abwrackprämie dafür gesorgt, dass Deutschland eine weniger schwierige Zeit hatte als andere Staaten. Darauf können wir stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Das hatte mit Frau Merkel gar nichts zu tun, oder was? Das ist ja unterirdisch! Das ist ja unterirdisch!)

- Frau Merkel hat das ja sicherlich mit unterstützt.

Ausruhen können wir uns jedoch nicht. Denn was passiert, wenn uns die europäischen Absatzmärkte wegbrechen? - Herr McAllister, dieses Thema wird für Niedersachsen sehr wichtig. Wenn in Spanien, Italien und Portugal nicht mehr genügend Kaufkraft vorhanden ist, um deutsche Produkte zu kaufen, dann wird auch Deutschland von der Krise erfasst. Wir wollen das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sparen und Defizite eindämmen - das muss sein. Es muss aber auch einen Ausweg geben für die Länder, denen es jetzt schlecht geht. Dazu reichen Ihre Einlassungen, Herr McAllister, bei Weitem nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Wege für Wachstum, Wege für dauerhafte Beschäftigung, Wege für soziale Absicherung und Wege für anständige Arbeits- und Ausbildungsplätze, die sicher sind und Zukunftshoffnung geben können. Es müssen Programme für die Krisenländer erarbeitet werden, die die sozialen Grundrechte der Menschen deutlich werden lassen und die höher stehen und uns wichtiger sein müssen als der freie Kapitalverkehr und der freie Warenverkehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr McAllister und meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, endlich muss es in Europa wieder um die Menschen gehen. Europa muss 62 Jahre nach Kriegsende friedlich, frei und vor allem sozial sein.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Niemand in der Bevölkerung Europas kann verstehen, warum über Nacht Billionen für kriselnde Banken ausgegeben werden können, warum Abwehrschirme und Brandmauern mit Milliarden gegen Spekulanten, die auf den Niedergang einzelner Staaten oder gar unserer Währung wetten, kurzfristig ermöglicht werden, während Menschen, die nichts falsch gemacht haben, nicht geholfen werden soll.

(Jens Nacke [CDU]: Oh, wie platt!)

Denn wenn die Menschenwürde verletzt ist, wenn soziale Selbstverständlichkeiten auf Dauer eliminiert werden sollen, dann ist der Widerstand programmiert. - Ich finde das überhaupt nicht platt! Gar nicht!

(Jens Nacke [CDU]: Mit diesen platten Argumenten sind die Linken doch gerade erst gescheitert! Das können Sie hier doch nicht vortragen!)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege Nacke, die CDU-Fraktion hat noch genug Redezeit.

(Jens Nacke [CDU]: Gott sei Dank!)

**Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Herr Nacke, meines Erachtens kann man, wenn man gesehen hat, wie Frau Merkel - in keiner Weise demokratisch legitimiert - mit Herrn Sarkozy verhandelt hat, an dem System Europa schon verzweifeln.

(Beifall bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Was wollen Sie denn? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Dann braucht man sich auch überhaupt nicht zu wundern, wenn Regierungen ringsherum zerschellen oder sich selbst auflösen. Auch sollten Sie, Herr McAllister, einmal prüfen lassen, welche Auswirkungen der Fiskalpakt auf den Landeshaushalt haben wird.

(Heinz Rolfes [CDU]: Was wollen Sie eigentlich? Was wollen Sie denn eigentlich? Nur Rumgenöle!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es versteht auch niemand, warum diejenigen aus den Finanzmärkten, die die Krise mit verursacht haben, an der Bewältigung der Kosten nicht angemessen beteiligt werden können. Auch hier hätten Sie schon längst angemessen auf die Bundesregierung einwirken sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird in Europa jedenfalls nicht einfacher. Herr Sarkozy ist der Kanzlerin abhanden gekommen, und der neue französische Präsident Hollande will andere Schwerpunkte setzen. - Sie haben ganz vergessen, ihm zu gratulieren, Herr McAllister.

(Beifall bei der SPD)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was wir brauchen, ist eine Mischung aus Finanztransaktionssteuer, Nutzung der Strukturprogramme und gesondertem Einsatz der Europäischen Investitionsbank. Das ist der richtige Weg für Wachstum und Beschäftigung in den Krisenstaaten. Da ist Herr Finanzminister Schäuble schon etwas weiter als Sie, Herr McAllister. Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Auch wir sind für einen strikten Konsolidierungskurs.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wie denn? Das ist doch eine Nullnummer, die Sie hier abliefern! - Jens Nacke [CDU]: Wenigstens mal was Neues! - Heinz Rolfes [CDU]: Einfach mal zuhören! - Weitere Zurufe)

Der wird in Europa aber nicht ohne Wachstum möglich sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen beides: Wachstum und Beschäftigung sowie die Konsolidierung der nationalen Haushalte.

(Jens Nacke [CDU]: Das erzählen Sie mal Frau Geuter! - Heinz Rolfes [CDU]: Eine Sprechblase nach der anderen!)

Vor allem aber wollen wir das soziale Europa mit zukunftsfähigen und sicheren Arbeitsplätzen in Niedersachsen, in Deutschland und in Europa. Wir verstehen daher die Landesregierung nicht, der es offenbar reicht, ohne eigene Vorschläge nachträglich von Frau Merkels Plänen in Kenntnis gesetzt zu werden. Wir jedenfalls wollen Europa mitgestalten.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wie denn?)

Deshalb ist es sehr enttäuschend, dass Sie, Herr McAllister, zum notwendigen Strukturwandel und zur Strukturpolitik in Niedersachsen fast nichts sagen. Ein „Weiter so“ in der bisherigen Förderpraxis wird es nicht geben können. Ihre Förderpolitik ist extrem intransparent, sie ist extrem bürokratisch, und sie ist zum Spielball der Ressorts verkommen. Sie erreicht vor allem ihre Ziele nicht. Sie haben in fast zehn Jahren mit Ihrer Art der Förderpraxis dazu beigetragen, dass Niedersachsen auseinanderdriftet. Der Süden Niedersachsens wurde von Ihnen fast nicht beachtet. Die nationale Kofinanzierung wurde komplett auf die Kommunen abgewälzt, sodass arme Kommunen entweder gar kein Geld beantragen oder, falls doch, ihre Verschuldung noch höher wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, höherwertige Beschäftigung, die Schaffung neuer innovativer Arbeitsplätze mit Zukunft, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, der Transfer zwischen Hochschule und Wirtschaft, um neue innovative Produkte und Produktionen zu ermöglichen, all das wurde von Ihnen nicht ausreichend beachtet. Auch das steht in den Gutachten, die Sie vorhin zitiert haben.

Auch die Eindämmung von Zeit- und Leiharbeit sowie die Minimierung von Armut und prekärer Beschäftigung sind bei Ihrer Art der Förderung kein Thema.



Insofern stimmt es tatsächlich nicht, dass man Ihnen ausschließlich ein gutes Zeugnis ausgestellt hat; ganz im Gegenteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen das ändern: Mit uns wird es Förderung nur gekoppelt an verbindliche soziale Mindeststandards geben. Die Förderung von Betrieben mit Niedriglöhnen und hoher Leiharbeitsarbeitnehmerquote werden wir ausschließen. Wir werden die gesamte Wertschöpfungskette im Land halten wollen und ausbauen. Zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze werden wir die Stärkung von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation, auch in dem für Niedersachsen so wichtigen Mittelstand, in den Vordergrund stellen. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes ist hierbei ein wesentlicher Punkt.

Uns geht es vor allem auch um die Umsetzung der Energiewende. Dabei wollen wir ganz vorne stehen. Die Möglichkeiten der neuen Unterstützung regionaler Entwicklung wollen wir verstärkt nutzen. Wir wollen die Strukturmittel bündeln und besser verzahnen. Auch in der Agrarförderung werden wir auf soziale und umweltgerechte Aspekte, wie von der Kommission vorgeschlagen, achten. Wir werden ein zentrales Fördermanagement einrichten, um das bisherige Abstimmungswirrwarr zu beenden. Gerade weil wir in Niedersachsen mit weniger Geld rechnen müssen, ist es richtig, Schwerpunkte zu setzen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Eine Koordination zwischen Regionalförderung, Sozialförderung und der Förderung des ländlichen Raumes ist daher unerlässlich. Auch werden wir die Stärken, die es vor Ort gibt, ausbauen und nutzen, die regionalen Kenntnisse frühzeitig in die Planung mit einbeziehen und verstärkt darauf achten, dass die operationellen Programme den Anforderungen der Zukunft gerecht werden

(Reinhold Hilbers [CDU]: Alles Sprüche!)

- Sprüche hat gerade tatsächlich vor mir jemand gemacht -,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

um ein Optimum für Niedersachsens Menschen und die Entwicklung der Wirtschaft zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Anpassung an den demografischen Wandel, die Qualifizierung von Fachkräften, die Sicherung des Fachkräftebedarfs, die Schaffung der Energiewende sowie des Strukturwandels mit einer neuen Förderperiode erreichen. Kurzum, wir wollen ein wetterfestes, sicheres und soziales Niedersachsen gestalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und möchte daran erinnern, dass zum VW-Gesetz schon einige Entschließungsanträge und gemeinsame Resolutionen hier vorlagen. Insofern wissen Sie uns beim VW-Gesetz an Ihrer Seite wie auch an der Seite der Beschäftigten.

Vielen Dank!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Thümler das Wort.

**Björn Thümler (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über Europa reden, dann reden wir meistens über Krise: Schuldenkrise, Eurokrise, Finanzmarktkrise, Wirtschaftskrise, Sinnkrise usw. Richtigerweise sollten wir aber auch davon reden, dass Europa nicht nur Krise ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir heute über den Euro reden, dann reden wir meistens über Rettungsschirme, Umschuldung, Bankenkrise, Immobilienkrise usw. Richtigerweise sollten wir auch darüber sprechen, dass der Euro nicht nur ein Problem ist.

Es ist völlig klar, dass der Euro der Kern der Europäischen Union ist. Der Euro hält Europa zusammen. Er schützt und stärkt uns, er bewahrt uns vor Krieg; Staaten, die mit demselben Geld bezahlen, führen keine Kriege gegeneinander, meine Damen und Herren. Das muss uns heute, gerade am 8. Mai, Mahnung und Auftrag sein, diesen Euro zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Euro in der Krise ist, ist Europa in der Krise. Das ist Realität. Aber es gibt auch noch mehr zwischen Himmel und Erde, was uns Menschen bestimmt,

(Lachen bei der SPD)